

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Gerdes, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Willi Brase, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/11201 –

Starke Forschung für die Energiewende

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Ekin Deligöz, Katja Dörner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/11688 –

Energieforschung konsequent am Atomausstiegsbeschluss des Deutschen Bundestages ausrichten

A. Problem

Zu Buchstabe a

Schaffung einer ganzheitlichen und ressortübergreifenden Strategie zur Energieforschung.

Zu Buchstabe b

Konsequente Ausrichtung der Energieforschung am Atomausstiegsbeschluss des Deutschen Bundestages und Verwendung der so freigewordenen öffentlichen Mittel für das Gelingen der Energiewende.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11201 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11688 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a und b

Keine.

D. Kosten

Zu den Buchstaben a und b

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/11201 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 17/11688 abzulehnen.

Berlin, den 20. Februar 2013

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken
Vorsitzender

Klaus Breil
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Klaus Breil

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 17/11201** wurde in der 217. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Januar 2013 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 17/11688** wurde in der 217. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Januar 2013 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der SPD führt in ihrem Antrag aus, dass die Energiewende durch den am 30. Juni 2011 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie noch nicht vollzogen sei. Es sei notwendig, den eingeleiteten Umbau des Energiesystems hin zu einem nachhaltigen Energiedienstleistungssystem fortzusetzen. Die Steigerung der Energieeffizienz sowie die dauerhaft sichere Bereitstellung von Energie seien die übergeordneten Ziele der Energieforschung. Die Fragen zur Sicherstellung der Energieversorgung durchdrängen alle Bereiche der Gesellschaft, egal ob Wirtschaftsstruktur, Arbeitsmarkt, Infrastruktur, Lebensgewohnheiten, Gesundheit, Mobilität oder Friedenspolitik. Die Herausforderung bestehe darin, diese Ziele in einem neuen integrativen und systemischen Ansatz miteinander zu verbinden, Deutschland von der Ressourcenknappheit unabhängiger zu machen und bei der internationalen Lösung der Energie- und Klimakrise voranzugehen. Die Fraktion der SPD fordert die Bundesregierung unter anderem auf, die Förderung der Energieforschung unabhängig von den Eigeninteressen der beteiligten Ressorts der Bundesregierung ganzheitlich auszugestalten. Die Kompetenzen der verschiedenen Ressorts im Bereich der Energieforschung müssten besser koordiniert und für Forscherinnen und Forscher transparenter gemacht werden. Zudem solle möglichst schnell die im 6. Energieforschungsprogramm angesprochene „Landkarte der Energieforschung“ vorgelegt werden, um besser einschätzen zu können, welche Energieforschungsbereiche gegebenenfalls gestärkt werden müssten. Darüber hinaus solle die Bundesregierung den Deutschen Bundestag über den Sachstand des Vorhabens „Energietechnologie-Radar“ informieren. Auch sollten die Forschungs-

programme in den Bereichen erneuerbare Energien, Strom- und Wärmespeicherung sowie intelligente Stromnetze deutlich ausgebaut werden. Diesbezüglich müsse die größte Aufmerksamkeit der Frage gelten, wie das Stromnetz an die zunehmend dezentrale und volatile Erzeugung angepasst werden könne.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/11201 verwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt darauf ab, die Energieforschung konsequent am Atomausstiegsbeschluss des Deutschen Bundestages auszurichten. Die fraktionsübergreifend beschlossene Abkehr von der Risikotechnologie Atomkraft erfordere auch den Atomausstieg in der Energieforschung. Dennoch investiere die Bundesregierung unverändert mindestens ein Drittel des 2,7 Mrd. Euro umfassenden Gesamtetats des 6. Energieforschungsprogramms in die Atomforschung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung unter anderem auf, die noch nicht verausgabten Mittel des 6. Energieforschungsprogramms, welche in die Erforschung von Kernfusion, Transmutation und Reaktoren der IV. Generation fließen würden, in die Bereiche erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Infrastruktur und gesellschaftliche Begleitforschung umzuwidmen. Zudem sollten künftige Energieforschungsprogramme so ausgerichtet werden, dass öffentliche Mittel nicht mehr für die Atomforschung, sondern für das Gelingen der Energiewende eingesetzt werden. Auch solle die Bundesregierung die deutsche Beteiligung an dem Projekt ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) aufkündigen und sich auf europäischer Ebene für eine Revision von EURATOM in Bezug auf die Sonderstellung der Atomkraft einsetzen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/11688 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11201 in seiner 114. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/11201 in seiner 85. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/11201 in seiner 121. Sitzung am 30. Januar

2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/11201 in seiner 93. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/11201 in seiner 88. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 17/11201 in seiner 94. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/11201 in seiner 81. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11688 in seiner 114. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/11688 in seiner 88. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 17/11688 in seiner 94. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Anträge auf den Drucksachen 17/11201 und 17/11688 in seiner 92. Sitzung am 20. Februar 2013 abschließend beraten.

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11201 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11688 zu empfehlen.

Berlin, den 20. Februar 2013

Klaus Breil
Berichterstatter

